

Museen und Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer der
kommunistischen Diktaturen

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden



Gedenkstätte
für die Opfer des
Totalitarismus
Fort Jilava 13



BUKAREST
JILAVA
SIGHET
TEMESWAR
BRAȘOV

 **Rumänien**

Wie zuvor mit Hitler-Deutschland vereinbart, besetzten am 28. Juni 1940 sowjetische Truppen das rumänische Bessarabien und die Nordbukowina. Diese Annexion sowie die Umsiedlung von etwa 180 000 deutschstämmigen Bewohnern aus diesen Gebieten ins Deutsche Reich war im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt geregelt worden. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion kämpfte die rumänische Armee an der Seite der im Land stationierten deutschen Truppen. Die mit den Achsenmächten paktierende faschistische Militärdiktatur von Marschall Ion Antonescu wurde im Sommer 1944 durch König Mihai I. gestürzt. Rumänien trat nun auf der Seite der Alliierten in den Krieg ein und kämpfte gegen die deutschen Truppen. Die Sowjetunion ihrerseits stationierte Einheiten der Roten Armee in Rumänien und betrachtete das Land als unter ihrer Herrschaft stehendes Territorium, was auf der Konferenz von Jalta bestätigt wurde. Um die sowjetischen Truppen zu bekämpfen, formierten sich – ähnlich den Partisanenbewegungen in Polen, der Ukraine und in den drei baltischen Ländern – bewaffnete Widerstandsgruppen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Mit der fortschreitenden Sowjetisierung Rumäniens nach den manipulierten Wahlen im November 1946 und der erzwungenen Abdankung des Königs Mihai I. wurde das Land am 30. Dezember 1947 offiziell zur Volksrepublik erklärt.

Bereits seit Januar 1945 verschleppte man weite Teile der deutschstämmigen Bevölkerung zur Ableistung von »menschlichen Reparationen« in die Sowjetunion. Zugleich wurden Zehntausende Mitglieder und Anhänger der faschistischen, aber auch der bürgerlichen Parteien verhaftet und teilweise hingerichtet. Wie in anderen sowjetisch besetzten Ländern forcierte man die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung der Industrie, was wiederum mit Massenverhaftungen und Repressalien einherging. Verfolgt wurden auch Angehörige der Kirchen und der Intelligenz, Studenten und Lehrer. Bis 1949 hatte die kommunistische rumänische Geheimpolizei Securitate zudem die meisten Partisanengruppen unterwandert und aufgerieben. Ihre Mitglieder wurden entweder gleich liquidiert oder als Angehörige von »Banden« und »Mitglieder terroristischer Vereinigungen« zu langen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Bis Ende der 1950er Jahre kam es immer wieder zu Protest-, Streik- und Widerstandsaktionen, denen das stalinistische Regime unter Gheorghe Gheorghiu-Dej mit offener Gewalt begegnete. Im Herbst 1956 protestierten in den Universitätsstädten Klausenburg (Cluj) und Temeswar (Timișoara) Hunderte Studenten gegen die Niederschlagung der ungarischen Revolution, was wiederum harte Repressalien nach sich zog. 1958 gab es in verschiedenen Orten des Landes aufgrund der sich verschlechternden Lebensbedingungen mehrfach Streiks und Proteste gegen Landenteignungen, die Zwangskollektivierung und die forcierte Industrialisierung. Bewaffneter Widerstand hielt sich vereinzelt sogar bis Anfang der 1960er Jahre. Danach führten die massive Repression gegen Andersdenkende und Kritiker der kommunistischen Herrschaft sowie der flächendeckende Ausbau der Securitate dazu, dass die Opposition zahlenmäßig geschwächt war und kaum mehr in Erscheinung trat.

Zur Internierung und Inhaftierung von Regimegegnern richtete man in Rumänien über 230 Lager, Gefängnisse und psychiatrische Anstalten ein, davon allein 44 Hauptgefängnisse und 72 Arbeitslager. Bis 1989 wurden mehrere Hunderttausend Menschen inhaftiert und unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Zwangsarbeit gezwungen. Allein in den frühen 1950er Jahren waren etwa 180 000 Menschen aus politischen Gründen in Haft. Rund 40 000 Personen wurden zwischen 1950 und 1954 sowie zwischen 1958 und 1963 in Lagern zu Zwangsarbeit versklavt, beispielsweise beim Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals. In Säuberungswellen, die auch die kommunistische Partei selbst erfassten, wurden angeblich Abtrünnige ausgeschlossen, zum Teil verhaftet oder sogar hingerichtet. Insgesamt schloss die Kommunistische Partei Rumäniens (KPR) 192 000 ihrer Mitglieder aus.

Zwischen 1962 und 1964 wurden mehrere Amnestien für politische Häftlinge erlassen. 1965 löste Nicolae Ceaușescu Gheorghe Gheorghiu-Dej im Amt des Generalsekretärs der KPR ab. Mit dem Machtwechsel war anfänglich eine gewisse Lockerung der Repressalien verbunden. Auch das unter Ceaușescu eingeleitete kulturelle »Tauwetter« sowie vor allem seine Verurteilung der blutigen Niederschlagung des Prager Frühlings durch sowjetische Interventionstruppen im August 1968 trugen dazu bei, dass der neue »Conducător« zunächst als Vertreter eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« galt, was ihm insbesondere im westlichen Ausland bis in die 1980er Jahre hinein große Zustimmung einbrachte. Unter der rumänischen Bevölkerung verbreitete sich anfangs die Hoffnung auf eine Entstalinisierung der Gesellschaft. Zaghafte Versuche einer kritischen Aufarbeitung des Terrors der 1940er und 1950er Jahre wurden jedoch alsbald unterbunden und ihre Initiatoren aus der Kommunistischen Partei und den Künstler- und Schriftstellerverbänden ausgeschlossen. Viele Autoren, Künstler und Intellektuelle erhielten Publikations- und Auftrittsverbot. Kritiker und Gegner des sozialistischen Regimes wurden überwacht, schikaniert und unter Hausarrest gestellt; etliche bekamen Morddrohungen, wurden zwangspsychiatrisiert oder inhaftiert. Gegen die Solidarisierung mit der Menschenrechtsbewegung in der ČSSR sowie den freien Gewerkschaften in Polen und der Sowjetunion, die im Februar 1979 von der Gründung der Freien Gewerkschaft der Arbeiter in Rumänien begleitet wurde, ging die Securitate massiv vor. Alle namentlich bekannten Mitglieder der 2 000 Personen umfassenden Gewerkschaftsbewegung wurden verhaftet und wegen »Parasitismus« oder anderer Anschuldigungen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt oder in psychiatrische Anstalten zwangseingewiesen.

Der Bergarbeiterstreik im Schiltal im August 1977 war mit etwa 35 000 Beteiligten die bis dahin größte Protestaktion vor der Revolution im Dezember 1989. Nach anfänglichem Einlenken gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter verlegten die Machthaber Militäreinheiten in die Grubenorte, erklärten das gesamte Gebiet zur exklusiven »Sperrzone« und entließen etwa 4 000 Bergarbeiter. Die Streikführer verschwanden nach der Infiltrierung der Grubenverwaltung durch Mitarbeiter der Securitate entweder unter ungeklärten Umständen oder kamen bei »Unfällen« ums Leben. Protestaktionen organisierten in den 1970ern und Anfang der 1980er Jahre auch Angehörige nationaler Minderheiten in Rumänien. Die ungarische Diaspora, die rund 7,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, gab regimekritische Samisdat-Schriften heraus und leistete aktiven Widerstand gegen Ceaușescus »Systematisierungsprogramm«. Dieses sah die Schleifung ganzer Dörfer zum Zweck der nationalen »Homogenisierung« und die Zwangsansiedlung der Dorfbewohner in sogenannten agroindustriellen Zentren vor.

Auch das architektonische und kulturelle Erbe wurde zerstört, da Altstadtviertel in Bukarest und vielen anderen Orten für sozialistische Repräsentationsbauten abgerissen wurden. Es entstand eine gewisse kulturelle Opposition: Einige Schriftsteller setzten sich für eine Abkehr von den strikten Vorgaben des sozialistischen Realismus ein, die Lyrik der Dichterin Ana Blandiana erlangte als Kritik an den herrschenden Verhältnissen eine große Bekanntheit und in den 1980er Jahren wurde die Klausenburger Romanistikprofessorin Doina Maria Cornea zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der Opposition. Trotz jahrelanger Verfolgung durch die Behörden hielt sie an ihrer Kritik am rumänischen Kommunismus und an der Solidarität mit den von der Securitate Verfolgten fest.

Zu dieser Zeit befand sich das Land, dessen Führungselite einen opulenten Lebensstil pflegte, in einem politisch und ökonomisch desolaten Zustand. Trotz gravierender Armut und Verelendung, akuter Nahrungsmittelknappheit und Rationierung der Energie frönte der »Conducător« seinem Persönlichkeitskult, forcierte kostspielige Bauprojekte und propagierte den erfolgreichen Aufbau



des rumänischen Sozialismus. 1983 kam Radu Filipescu in Haft, weil er regimekritische Flugblätter in Bukarest verteilt hatte; im gleichen Jahr verhafteten die Behörden Dumitru Iuga, der als Elektriker beim Staatsrundfunk arbeitete und versuchte, eine Oppositionsbewegung zu formen. Im Jahr darauf wurden mehrere seiner Mitstreiter ebenfalls inhaftiert. Arbeiterproteste wie zum Beispiel 1987 in einem Autowerk in Braşov wurden durch die Securitate brutal niedergeschlagen. Unter dem Eindruck der Umbrüche in anderen kommunistisch beherrschten Ländern kam es im Dezember 1989 auch in Rumänien zu Protestaktionen. Auslöser war die geplante Zwangsumsiedlung des ungarischstämmigen Pastors László Tókéş aus Temeswar in ein abgelegenes Dorf. Als Armee und Securitate mit Panzerfahrzeugen gegen die Demonstranten vorgingen, weiteten sich die Proteste auf das gesamte Land aus. Sieben Tage später, am 22. Dezember, wurde der Diktator Nicolae Ceauşescu in Bukarest gestürzt. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und den Demonstranten verloren mehr als 1100 Menschen ihr Leben. Nicolae Ceauşescu und seine Frau Elena Ceauşescu wurden nach ihrer Gefangennahme von einem außerordentlichen Militärtribunal in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und am 25. Dezember 1989 hingerichtet.

Die Aufarbeitung der Verbrechen des kommunistischen Regimes kam nach dem Regimewechsel nur schleppend in Gang. Zwar wurde die Securitate aufgelöst bzw. umgewandelt, die KPR zerfiel und die kommunistische Ideologie wurde als verbrecherisch verurteilt. Aber viele Machtpositionen blieben in den Händen ehemaliger kommunistischer Kader, und es fehlte an unbelasteten Justizorganen. So wurden nach der Hinrichtung von Elena und Nicolae Ceauşescu nur vier Anklagen gegen vormalige Folterer erhoben, die meist ohne Verurteilungen endeten. Ehemalige politische Gefangene konnten zwar seit 1990 die Aufhebung ihrer Strafurteile beantragen, einen Anspruch auf Entschädigung erhielten sie jedoch erst ab 2009. 2005 wurde das Institut zur Erforschung der kommunistischen Verbrechen eingerichtet, das ebenfalls Strafverfolgungen beantragen kann.

Auch aufgrund der angespannten sozialen und wirtschaftlichen Situation im Land erwiesen sich die Aufarbeitung der zweifachen Diktaturerfahrung, das öffentliche Gedenken und die Errichtung von Denkmälern als langwierig und schwierig. Nichtsdestotrotz manifestierte sich in den Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes eine vielgestaltige »Erinnerungslandschaft« aus Denkmälern, Museen, Gedenkstätten und Markierungen. Sie erinnern dabei – nicht selten an historischen Orten wie der heutigen Gedenkstätte Sighet oder dem Fort Jilava 13 – an Repressionen, Leid und vor allem die Opfer der Gewaltherrschaft. Auch in den Grenzregionen des Landes entstanden diverse Denkmäler und Skulpturen, die die Erinnerung an die Fluchtöpfe wachhalten sollen. In der Nähe der Stadt Orschowa befindet sich seit 1996 das vom Bildhauer Patriciu Mateescu geschaffene Denkmal »Danubia«, welches all der Menschen gedenkt, die beim Fluchtversuch von Rumänien nach Jugoslawien ihr Leben verloren. Die Errichtung weiterer Denkmäler, so beispielsweise in der Stadt Sănnicolau-Mare (Großsanktnikolaus) – hier verstarb eines der letzten Fluchtöpfe –, ist geplant. Gleichzeitig entstanden in den vergangenen Jahrzehnten auch Erinnerungszeichen und Einrichtungen, die dem Widerstand, der Befreiung sowie dem demokratischen Aufbruch gewidmet sind, zum Beispiel das Museum der Revolution in Temeswar oder das Denkmal »Wiedergeburt« in Bukarest.



Denkmal »Danubia« bei Orschowa

Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Fachlektorat
Maria Matschuk

Lektorat
Sina Volk, Sandstein Verlag

Satz und Reprografie
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

Gestaltung
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

Druck und Verarbeitung
FINIDR, s. r. o.
Český Těšín

Titelmotiv
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-390-2